

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die **UWG** Steinfeld ist nicht nur unabhängig und sachbezogen, sondern wir verstehen uns auch als Informationsplattform für Bürgerinnen und Bürger. Wir sehen es als unsere Pflicht an, betroffene Bürger rechtzeitig vor wichtigen Entscheidungen zu informieren und in die Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen.

Straßenausbaubeiträge abschaffen – Bürger/Anlieger entlasten

Straßenunterhaltung ist eine kommunale Aufgabe. Wird allerdings daran gespart und Straßen nicht ordentlich unterhalten oder sind sie besonders alt, reichen Reparaturen nicht mehr und sie müssen grundsaniert werden. In diesem Fall kann die Gemeinde Steinfeld nach der Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs) heute die Anlieger mit bis zu 75 Prozent an den Kosten beteiligen. Da kommen schnell fünfstellige Beträge zusammen, die Familien oder Rentner in den Ruin treiben können. Das darf nicht sein und deshalb fordert die **UWG** Steinfeld die Streichung der Straßenausbaubeiträge.

Argumente gegen die Straßenausbaubeiträge:

- Straßen sind Bestandteil der Daseinsvorsorge. Die Nutzung erfolgt durch die Allgemeinheit und ist nicht auf die Grundstückseigentümer beschränkt. Erneuerung und Ausbau müssen somit von der Allgemeinheit finanziert werden.
- **Straßen nicht doppelt zahlen:** Straßen werden erstmalig durch die Grundstückseigner bezahlt und gehen in den Gemeindehaushalt ein und werden in 25 Jahren abgeschrieben. Die Unterhaltung obliegt fortan den Kommunen. Eine Gesamtsanierung ist somit über Rücklagen gewährleistet, sofern diese Gelder nicht anderweitig verbraucht werden. Eine Forderung über die Straßenausbaubeiträge stellt somit eine Doppelzahlung dar.
- Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für die Erneuerung von Gemeindestraßen bedeutet für die Kommune einen hohen Verwaltungsaufwand.
- Die Straßenerneuerung verändert weder Zugang oder Zufahrt zum Grundstück noch den Gebrauchswert des Grundstücks. Deshalb kann dieser nicht steigen.

Die grundlegende Straßenerneuerung zielt allein darauf ab, die beschädigte Straße wieder normal befahrbar zu machen.

- Auch kommunale Straßen sind „öffentliche Güter“, die aus Steuern finanziert werden müssen, wie dies auch bei den Bundes-, Landes-, oder Kreisstraßen der Fall ist.

Einladung der UWG zur Bürgerversammlung

am 8. Mai 2019 um 19.00 Uhr

in der Gastwirtschaft Overmeyer

Am Rathausplatz 3.

In vielen Bundesländern wurden die Straßenausbaubeiträge bereits abgeschafft oder stehen vor der Abschaffung. Dies gilt auch für alle EU-Länder außer Dänemark. In Niedersachsen kann jede Gemeinde die Strabs abschaffen. Diese Möglichkeit wird schon von einem Drittel der Kommunen genutzt.

Die von uns ermittelten Kosten der Sanierung in den vergangenen 15 Jahren lassen den Schluss zu, dass diese ohne Steuererhöhung aus dem Haushalt der Gemeinde zu finanzieren sind.

Damit entfällt auch der hohe Verwaltungsaufwand für die aufwendige Berechnung und Erhebung der Anliegerbeiträge, die immer wieder für Verunsicherung bei den Bürgern sorgt.

Straßenzustand verbessern: Ein hoher Ausbaubedarf ist Folge der nicht ausreichenden Pflege- und Ausbesserungsmaßnahmen. Deshalb sollte eine regelmäßige Bestandsaufnahme der Straßen und deren Beleuchtung erfolgen und ein Instandsetzungskonzept zur frühzeitigen Erkennung und Behebung von Straßenschäden erarbeitet werden.

Verkehrsführung in der Gemeinde Steinfeld und im Landkreis Vechta

Ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und die Weiterentwicklung unserer Gemeinde führt zu einer Verschlechterung des Verkehrsflusses. Die Schaltung der Ampelanlagen an der B214 und im Bereich „Dicker Stein“ fördern diese negativen Verkehrsbewegungen zunehmend. Diese Probleme machen verkehrstechnische Überlegungen und Planungen dringend notwendig.



Für eine geordnete Verkehrsführung und einen verbesserten Verkehrsfluss beantragte die UWG Steinfeld die Erstellung eines zukunftsfähigen Verkehrskonzeptes für die Gemeinde Steinfeld. Durch geschicktes Leiten der Verkehre können die Emissionen wie Luftverschmutzung und Lärmentwicklung verringert werden. Hierzu ist es erforderlich, dass Verkehr aus dem Ort, den Siedlungen und dem Gewerbegebiet auf die Umgehungsstraßen geleitet wird. Umfahren der Bundes- und Landesstraße muss zum Wohle der Anwohner unterbunden werden.

Unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigungen müssen Radwegeverbindungen und Fußwege einbezogen werden. Auch die Verlagerung des Bahnhofes in den Bereich südlich der B214 (ehemaliger Bahnübergang Pumpenstraße) sollte mit in die Überlegungen einfließen.

Verkehrssituation Ortskern: Die Situation im Ortskern ist, und hier vor allem im Bereich „Dicker Stein“ und Diepholzer Straße im Bereich der Kirche, für Fußgänger und Radfahrer nicht geordnet und sicher. Hier besteht akuter Handlungsbedarf. Zudem ist der gesamte Ortskern für Personen mit Gehbehinderungen, und vor allem auch mit Gehhilfen und Rollstühlen, schwer passierbar und gefährlich.

Der Antrag der **UWG** Steinfeld hierzu wurde 2015 in nichtöffentlicher Sitzung abgelehnt.

Entwicklung Ortskern, Tiefgarage, Wohnungsbau, Flächenverbrauch

In Nachbarkommunen sind bereits Parkhäuser und Tiefgaragen vorhanden, bzw. es wird dort über diese Entwicklung diskutiert. Der von der UWG Steinfeld gestellte Antrag zum Bau einer Tiefgarage (ca. 40–50 Plätze unterhalb des Marktplatzes) für die Entwicklung des Ortskerns wurde ohne detaillierte Ausplanung, ohne die von uns vorgeschlagene Variante und ohne Betrachtung der Vor- und Nachteile vom Gemeinderat abgelehnt. Die Einnahmen decken die Baukosten zwar nicht kurzfristig. Es ist eher als eine Investition in die

Infrastruktur der Gemeinde und der Bürger im Ortskern zu betrachten.

Bei der Kostenbetrachtung für die Erweiterung der Tiefgarage durch den Bürger rechnet sich diese bereits nach 8 Jahren. Auch die weitere Betrachtung zur Ortskernverdichtung – dadurch geringerer Flächenverbrauch, reduzierter Wohnungsmangel mit Einsparungen bei der Infrastruktur, wurden nicht berücksichtigt.

Die Notwendigkeit ist gegeben: für weitere anstehende Bauvorhaben sind zusätzliche Parkplätze erforderlich. Die Folge, wenn keine Parkplätze vorhanden sind: wild parkende Autos an anderer Stelle.

Diese Chance, mit zusätzlicher Nutzung unterhalb der neuen Bebauung als Parkfläche im Ortskern, welche für die kommenden Jahrzehnte Sinn macht, wurde leichtfertig vergeben.

Schulerweiterung mit Schulmensa

Die wichtigste Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine geregelte Kinderbetreuung. Dazu gehören auch die von uns geforderten und mittlerweile eingerichteten Ganztagsangebote der Bildungseinrichtungen.

Nach dem Beschluss zur Einrichtung der Ganztagschule an der St. Antoniuschule in Mühlen wurde auf unserer Anregung hin die Raumsituation neu geordnet und eine Schulmensa eingerichtet. Gleichzeitig befassten wir uns unter Leitung unseres Schulausschussvorsitzenden Karl Maria Bünker mit dem Klassenraumbedarf sowie einer Schulmensa an der St. Johanneschule. Daraufhin setzten wir uns für eine Neuordnung der Räumlichkeiten und der Einrichtung einer Schulmensa an der Grundschule sowie der Erweiterung der Mensa an der Don-Bosco-Schule ein, welche beschlossen wurden und jetzt gebaut werden.

Die von der **UWG** Steinfeld beantragte Schulsozialarbeit ist jetzt an allen Schulen vorhanden und sorgt für ein verbessertes Lernumfeld und Sozialverhalten.

Kindertagesstätte

Für den Bedarf der Kindertagesstätten muss zunächst der detaillierte Bedarf für die kommenden Jahre ermittelt werden. Ein erforderlicher neuer Standort sollte dann so gelegen sein, dass dieser möglichst zentral liegt und über kurze Strecken für die Eltern und deren Kinder erreichbar ist. Dieses wäre aus Sicht der **UWG** Steinfeld der Bereich zwischen der Falkenstraße und der Wertstoffsammelstelle.

Sanierung der Laufbahn im Falkenstadion

Die Aschenbahn ist alt und marode. Der Pflegezustand lässt Rückschlüsse auf die aktuelle Nutzung zu. Die derzeitige Situation stellt für Sportler eine erhöhte Verletzungsgefahr dar.



Eine Sanierung der Laufbahn und der Weitsprunganlage in Asche entspricht nicht mehr dem heutigen Standard. Von Lieferfirmen für Laufbahnen wurde uns bestätigt, dass Neuanlagen oder Komplett-sanierungen in den letzten 10 Jahren nicht mehr in Asche ausgeführt worden sind. Eine Sanierung bedeutet praktisch einen Neubau der Laufbahn.

Eine Kunststoff-Laufbahn bringt trotz der zunächst höheren Investitionen erhebliche Vorteile mit sich. Sie ist witterungsunabhängig und kann ganzjährig genutzt werden. Weiterhin entstehen deutlich weniger Unterhaltungskosten.

Die Planung zur Sanierung der Laufbahn sollte zukunftsorientiert sein. Schließlich geht es hier um eine Investition, die wir für eine Zeitspanne von mindestens 30 – 40 Jahren in Angriff nehmen. Es geht mehr denn je darum, ein breit gefächertes Sportangebot anzubieten. So sollten wir jetzt die Chance nutzen und eine Sanierung durchführen, die auch für die kommenden Jahrzehnte Sinn macht.

Die Entscheidung zur Sanierung der Laufbahn wurde von der Verwaltung und der Politik mehrfach vertagt. Der von der **UWG** Steinfeld beantragte Arbeitskreis sprach sich mit einem eindeutigen Votum für eine Kunststoffbahn aus. Die Entscheidung zur Sanierung der Laufbahn lässt weiter auf sich warten – mittlerweile bald 5 Jahre.

Stellungnahme der UWG Steinfeld zum Streit um den Naturerhalt

Hier geht es um mehr als um die zuletzt aufgestellten Bebauungspläne in Mühlen und Steinfeld.

Das Baugebiet in Mühlen war ein Feuchtgebiet mit hohem Naturerhaltungswert und ungeeignet für die Bebauung. Hinzu kommt, dass die festgesetzten Grünflächen ohne erforderliche Zustimmung des Gemeinderates veräußert wurden. Die Versäumnisse und das Fehlverhalten der Gemeinde



werden jetzt auf dem Rücken der Bauplatzerwerber ausgetragen.

Der Landkreis und die Gemeinde schieben sich gegenseitig die Schuld zu. Hinweise und Forderungen des Landkreises werden grundsätzlich von der Gemeinde abgelehnt. Leidtragender ist der Bauherr, der im guten Glauben auf die Aussagen der Gemeinde vertraut hat. Jetzt hat er den „Schwarzen Peter“. Dies ist kein fairer Umgang mit dem Bürger.

Es beginnt mit dem Aufstellen des Bebauungsplans durch die Gemeinde. Einwände vom Landkreis werden nicht ernst genommen und abgewiegelt. Für die Gemeinde gilt, wichtige Sachen, die den Naturschutz betreffen, werden nur widerwillig oder gar nicht aufgenommen. Dabei sollten Naturflächen in Gemeindehand bleiben und nicht an privat veräußert werden, um hier Schwierigkeiten bei der Pflege und dem Erhalt entgegen zu wirken.

Der Ausgleich für Natur und Landschaft wurde in der Vergangenheit nicht oder nur sehr dürftig durchgeführt. Jetzt, wo die Kontrolle des Landes greift, soll das Geld für den Ausgleich fern der Heimat und nicht zum Wohle der Steinfelder Bürger eingesetzt werden. Beim Rittergut Lönne soll in den nächsten 5 Jahren mit ca. 2,6 Mio. Euro aus der Gemeinde Steinfeld die Natur auf Vordermann gebracht werden. Wen wundert es bei diesem Vorgehen, dass der Landkreis Vechta bei der Deutschland-Studie im hinteren Bereich (Platz 372 von 401) steht.

Der Ausgleich für Natur und Landschaft sollte in der Gemeinde Steinfeld durchgeführt werden. Dies sei nach Aussage der Bürgermeisterin nicht möglich. Grundlage könnte auch heute noch das Konzept der **UWG** Steinfeld aus dem Jahre 2010 sein: „Freizeitwert erhöhen und Steinfeld attraktiv und lebenswert gestalten“. Dies wurde damals von der Bürgermeisterin und der CDU-Fraktion abgelehnt.

Dazu sollten Ideen, Wünsche und Visionen von allen Interessierten eingebracht werden. Um möglichst viele zum Mitmachen zu begeistern, sollten die Aktionen von einem Leitbild wie „Zukunft gemeinsam gestalten – mach mit!“ getragen werden.

Die Natur mit dem Wasser, der Luft, den Lebewesen, Bäumen und Pflanzen ist Grundlage allen Lebens und damit auch Grundlage für die Zukunft der Menschen. Dieses in Steinfeld zu erhalten ist eine unserer Aufgaben.

Die **UWG** Steinfeld wird sich weiter für ein attraktives und lebenswertes Steinfeld einsetzen und auch hierzu weitere Anträge in den Gemeinderat einbringen.

UWG Steinfeld sucht Unterstützerinnen und Unterstützer für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Politik.

Zur Hauptaufgabe gehört die Einflussnahme auf die politische Willensbildung im Sinne einer sachbezogenen, nicht an Ideologie und Gruppenegoismen orientierten Politik unter Beachtung der im Grundgesetz enthaltenen Werte. Hierbei kommt es vor allem darauf an, Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig vor wichtigen politischen Entscheidungen zu informieren und sie aktiv in die politische Willensbildung einzubeziehen. In diesem Sinne suchen wir fachlich interessierte und von unseren Grundsätzen (siehe unten) überzeugte Persönlichkeiten, die an der Gestaltung unserer Gemeinde aktiv mitwirken möchten.



Christoph Schlarmann
Vorsitzender

gefasst worden sind, werden die Bürger insofern beteiligt, dass sie Fragen stellen dürfen. Meinungen dürfen nicht geäußert werden, schon gar nicht darf der politische

Beschluss in Frage gestellt werden. Die UWG Steinfeld hält diese Vorgehensweise für unerträglich und fordert mehr Bürgerbeteiligung vor wichtigen politischen Entscheidungen.

Unsere Grundsätze im Einzelnen sind:

- Bürger müssen bei wichtigen politischen Entscheidungen frühzeitig und umfassend informiert werden.
- Wir benötigen eine deutliche Ausweitung der Bürgerstimmrechte bei politischen Entscheidungen.
- Freie Meinungsäußerung durch die Bürger auf Rats- oder Ausschusssitzungen (nicht nur „fragen dürfen“!)
- Runder Tisch als »Standard« für Bürgervertretungen bei wichtigen Projekten.

UWG Steinfeld – Gestalter der Zukunft

Wir sind Teamplayer und erwarten das auch von unseren Mitstreitern. Hierarchien sind uns fremd. Alle Mandatsträger sind gleichberechtigt. Wir führen unsere Diskussionen sachlich ohne ideologische Zwänge und Lobbyeinflüsse. Die politische Arbeit in den Räten und Ausschüssen ist interessant und abwechslungsreich, erfordert allerdings auch ein hohes Maß an Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde Steinfeld und unseres Landkreises Vechta. Ihre Vergütung misst sich an der Gewissheit, einen wertvollen Beitrag für unser Gemeinwesen zu leisten. Für eine erste Kontaktaufnahme und weiterführende Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Sie erreichen uns unter Tel.: 05492/557522 und E-Mail: christoph.schlarmann@uwg-steinfeld.de oder Tel.: 05492/2897, E-Mail: heinrich.luhr@t-online.de

Gängige Praxis in unserer Gemeinde ist es, wichtige politische Entscheidungen im „stillen Kämmerlein“ vorzubereiten und zu beschließen. Nachdem die Beschlüsse

UWG Steinfeld, eine Erfolgsgeschichte – unabhängig · sachbezogen · bürgernah

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass die politischen Entscheidungen unserer sogenannten etablierten Parteien oft weit an ihren Vorstellungen vorbeigehen. In vertraulichen Sitzungen werden Fakten geschaffen und die Bürger dann vor vollendete Tatsachen gestellt.

Um dieser Art von Politikverständnis entgegenzuwirken, hat sich im Jahre 1991 die Unabhängige Wählergemeinschaft Steinfeld (**UWG**) als eingetragener Verein gegründet und, wie auf dem Schaubild zu erkennen, erfolgreich weiterentwickelt.

Seit 2001 ist die **UWG** LK Vechta auch im Kreistag des Landkreises Vechta vertreten.



Heinrich Luhr



Karl Maria Bünker



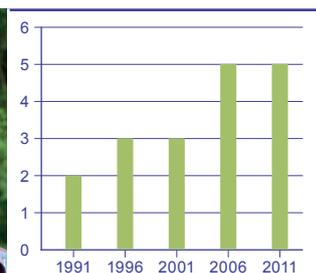
Christian Katzer



Melanie Schockemöhle



Bernhard Zmijewski



Mandate der UWG im Gemeinderat

Weitere Informationen erhalten Sie auf unserer Homepage: www.uwg-steinfeld.de und bei der Teilnahme an unserer Informationsveranstaltung am **8. Mai 2019, ab 19.00 Uhr** in der **Gaststätte Overmeyer**, Am Rathausplatz 3.